

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 8

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Moskau, Marx und Moslems

Die Sowjetunion ist offenbar bemüht, ihr Ansehen in der islamischen Welt, welches seit der Invasion in Afghanistan stark gelitten hat, aufzupolieren. Der aufgefrischten Imagepflege dient jetzt die Bildung einer Internationalen Abteilung der Moslem-Organisationen der UdSSR.

Leiter der neuen Internationalen Abteilung ist der Mufti Schams-ud-Din Babakham. Er ist auch Vorsitzender der offiziellen Islamischen Kommission für Zentralasien und Kasachstan. Seine Aufgabe ist es, die Moslems ausserhalb der Sowjetunion davon zu überzeugen, dass die atheistische Sowjetunion den Islam dulde und mit der islamischen Welt viele gemeinsame Interessen teile.

Progressive und reaktionäre Gläubige

Die «neue Annäherung» ist beispielsweise von Radio Moskau bereits eingeleitet worden. In Sendungen für die islamische Welt ist die Rede von den «sozialistischen Ländern als den natürlichen Verbündeten der islamischen Staaten». Die Reaktion auf diese Ouvertüre fiel bis anhin in den islamischen Staaten eher auf Zurückhaltung und Misstrauen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Sowjetunion zwischen «fortschrittlichen (progressiven)» und «reaktionären» Gläubigen unterscheidet.

In der Tat hatte schon Breschnew eingeräumt, dass sich eine «revolutionäre Bewegung unter dem Banner des Islams entwickeln» könne. In einem solchen Falle könnten sich «bis zu einem gewissen Ausmass die Interessen des Marxismus und des Islams in einer gemeinsamen Sphäre zusammenfinden». Gleichzeitig hatte aber Breschnew auch davor gewarnt, dass dieselben islamischen Parolen, mit denen eine «revolutionäre Rebellion» angeheizt werde, auch zur Niederschlagung der «Volkskräfte» dienen. Es käme auf die «Zustimmung» (zur Sowjetunion) der jeweiligen islamischen «Volksbewegung» an.

Und aus diesem Grunde stimmt die Sowjetunion den islamischen Bewegungen weder in Afghanistan noch in Iran zu.

Kurzlebig

Die Moslems beziehungsweise die Mujahedin (Widerstandskämpfer) in Afghanistan wurden von Anbeginn an als die Vertreter der Interessen der «Feudalherren und Ausbeuter» verteuelt und blutig bekämpft. Der Kreml hatte vorerst die iranische Revolution des Ayatollah Khomeiny begrüsst, welche 1979 zum Sturze des Schahs – Mohammed Resa Pahlewi – führte, weil sie dem westlichen (amerikanischen) Einfluss in Iran ein abruptes Ende setzte. Zu verschiedenen Malen entsandte Moskau den Vorsitzenden der Islamischen Kommission von Aserbajdschan, Scheik-ul-Islam Allaschukur Pasche-Zade, nach Iran, um das Khomeiny-Regime der Unterstützung der sowjetischen Schiiten zu versichern. Auch die iranische prosovjetische Tudeh (kommunistische Partei) unterstützte das neue «Gottesregime» in Teheran.

Aber die «gemeinsamen Interessen» in Iran waren nur kurzlebig. Laut marxistisch-leninistischer Doktrin darf die Rolle der Ayatollahs und des Mullahs nur von kurzer Dauer sein. Der Kreml glaubte, dass der «religiöse Revolutionsanstoss» bald vorbei sein werde und danach die Tudeh-Partei «ernten» könne. Die religiösen Führer und Fanatiker in Teheran festigten jedoch ihre Stellung, und seit verganginem Dezember werden laufend Tudeh-Mitglieder umgebracht.

Zweierlei Moslems

Heute beschuldigen sowjetische Medien die ehemals «fortschrittlichen Revolutionäre», sich den «Reaktionären» unterworfen zu haben. Auch wird Teheran vorgeworfen, den islamischen Fundamentalismus nach Afghanistan exportieren zu wollen.

Was den Kreml derzeit unter anderem zu beunruhigen scheint, ist offenbar die Tatsache, dass islamische Intellektuelle in der Sowjetunion es nicht mehr für notwendig erachten, der marxistisch-leninistischen Ideologie zu opponieren, weil sie die «Ursprünge des Sozialismus» auf das Lehren des Propheten Mohammed zurückführen. Die Islamisierung des Marxismus lässt bei den Machthabenden zu Moskau die Alarmglocke schrillen. So ist neuerdings in sowjetischen Zeitungen zu lesen, es gebe keinen islamischen Kommunismus, es existiere nur der wissenschaftliche Kommunismus, entwickelt auf und aus der Grundlage des Marxismus-Leninismus.

Für Moskau gibt es zweierlei Moslems: nützliche und unnütze. Daran wird auch die Abteilung der moslemischen Organisationen der UdSSR nichts ändern. *jb.*

Rumänien: Nichts daraus gemacht

In meiner ehemaligen rumänischen Heimat herrscht Nicolae Ceausescu seit 20 Jahren, und er hat die Zeit dazu genutzt, so ziemlich alle Chancen zu verspielen, die ihm und dem Land gegeben waren. Heute ist Rumänien wirtschaftlich ausgedörrt, und Blüten treibt nur der Personenkult. Dazu ein Korrespondent:

Rumänien ist ein Beispiel dafür, dass die «Sache der Revolution» auch unter günstigen Voraussetzungen schiefgehen kann oder muss.

Das Land hatte den Zweiten Weltkrieg dank rechtzeitigem Frontwechsel ziemlich unversehrt überstanden und wies einen enormen Reichtum an Bodenschätzen (Erdöl, Erze, Kohle) auf. An sozialistischen Verhältnissen gemessen, liess sich danach auch die nationale Politik der Parteiführung nicht schlecht an. Man wurde die sowjetische Militärbesatzung schon 1957 los, und man entzog sich in den mittleren sechziger Jahren recht geschickt der totalen wirtschaftlichen Ausbeutung durch die UdSSR, was eine relative Selbständigkeit in Volkswirtschaft und Aussenhandel ermöglichte. Aber taktischer Scharfsinn und politischer Verstand sind zweierlei. Man hatte einen rumänischen Sonderweg gefunden, doch dann schlug man darauf die falsche Richtung ein.

Ich erlebte das auf paradoxe Weise. Als ich zu Beginn der fünfziger Jahre am Aussenhandelsinstitut in Moskau studierte, erlitt ich Schiffbruch, weil ich zuwenig sowjetfreundlich war. Mit der Hälfte meiner rumänischen Stipendiatengruppe flog ich aus Studium und Partei. Als ich dann zehn Jahre später einen Ausreiseartrag stellte, reagierte die Partei verwundert, denn inzwischen galten meine damaligen «antisowjetischen Äusserungen» nicht mehr als Ketzerei, sondern (inoffiziell, aber doch) als Pluspunkt. Man bot mir Wiederaufnahme in die Partei und berufliches Avancement an. Ich

hätte den Genossen unmöglich klarmachen können, dass diesmal eigentlich die Sowjets recht hatten, wenn sie den Rumänen empfahlen, sich im RGW-Rahmen vornehmlich auf die Landwirtschaft zu konzentrieren.

Doch gerade diese vernünftige Ausrichtung auf die Gegebenheiten betrachtete die rumänische KP als schändliches Ansinnen. Sie hegte grosse Industrialisierungspläne. Dass Rumänien dazu weder die nötige Infrastruktur noch die nötige Facharbeiterschaft hatte, kümmerte sie nicht.

Als spezialisiertes Agrarland hätte Rumänien seine Versorgung und seinen Export sicherstellen können, und mit Förderung des Tourismus (wie im benachbarten Bulgarien) wäre man zu Devisen gekommen. Doch das hielt man für provinzierisch und wollte unbedingt Stahl erzeugen, Autos und Maschinen bauen, Industrieprodukte exportieren. Auf Weltmarktanalyse verzichtete man grosszügig, und Rentabilitätsprinzipien missachtete man ohnehin.

Mehr als dürftig lebte man mit diesem Programm nicht einmal in den Zeiten internationaler Konjunktur, und die achtziger Jahre haben vollends das Elend gebracht. Der Weltmarkt ist auf rumänische Industriegüter immer weniger angewiesen, und die Deviseneinnahmen sind auf ein Minimum geschrumpft. Jetzt muss man doch Agrarprodukte exportieren, und sie fehlen im Inland.

Man hat die Lebensmittel rationieren müssen, und dass die Preise wahnwitzig sind, spielt manchmal nur deshalb keine Rolle, weil die gesuchte Ware im normalen Handel ohnehin nicht zu kaufen ist (bei den Schwarzmarktpreisen kann der Durchschnittsverdiener schon gar nicht mithalten, oder wer würde für ein Kilo Kaffee seinen halben Monatslohn hingeben?).

Der Versorgungsnotstand Rumäniens lässt sich mit jenem Polens vergleichen, nur mit dem Unterschied, dass Rumänien weder mit der Unterstützung von Millionen Katholiken aus aller Welt noch mit sowjetischen Sondersubventionen rechnen kann. In dieser Lage verkauft Rumänien die Angehörigen seiner deutschsprachigen Minderheit (die Bundesrepublik Deutschland zahlt 8000 DM pro Aussiedler) und seine Juden. «Menschenhandel statt Aussenhandel» lautet die Devise für Devisen.

Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu, 1964 an die Macht gekommen, hatte sich anfänglich durch seine aussenpolitische Distanzierung von den Sowjets und durch seine nationalistische Aufwertung der rumänischen Geschichte bei der Bevölkerung eine gewisse Sympathie erwerben können. Aber das ist seit langem vorbei, und seine prunkvolle Hofhaltung wirkt auf dem Hintergrund der Landesverarmung nur um so stossender. Was man der Bevölkerung an wirklicher Aufmerksamkeit erweist, ist polizeilicher Natur, eine rigorose Totalüberwachung. Begleitet wird sie von einem Personenkult im Stil der frühen fünfziger Jahre. So etwas mag allenfalls noch in Albanien vorkommen, aber sonst nirgends mehr in Osteuropa. Am «Sonderfall Rumänien» gibt es nichts mehr zu rühmen. *kkf*

In Kürze

Aus 4 Ländern

Möglicherweise wird ein Teil der rund 30 000 kubanischen Militärs in Angola aus dem Lande verschwinden, ohne dass ein Truppenabzug erforderlich wäre. Man kann die betreffenden Leute nämlich auch ganz einfach einbürgern. In Luanda soll das Verfahren in etlichen Fällen schon angelaufen sein.

★

Als «arm» wird in Ungarn laut der Zeitschrift «Jel-Kep» (Budapest, Nr. 1/1984) bezeichnet, wer ein Monatseinkommen von weniger als 1741 Forint hat. Der Forint hat eine Kaufkraft von 10 Rappen, und auf dem schwarzen Markt ist er 5 Rappen wert.

★

Zu den wichtigsten Aufgaben der sowjetischen Streitkräfte gehört «die Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften im Geiste des proletarischen Internationalismus» («Krasnaja Swesda», Moskau, 27. 3. 1984, Leitartikel).

Mit andern Worten: Die Verteidigungsaufgaben der Sowjetstreitkräfte finden ausserhalb der Landesgrenzen statt.

Politwitze

Sowjetunion

Warum wachsen auf Andropows Grab keine Blumen? Man hat den Mist zu tief eingegraben.

★

Was ist eine Eidechse? Ein Krokodil nach der Erfüllung des Lebensmittelprogramms.

★

Was kommt nach dem Lebensmittelprogramm? Eine Volkszählung für den Restbestand.

★

Ein wachsamer Hausbewohner telefoniert dreimal dem KGB wegen eines verdächtigen Nachbarn. 1975: «Kommen Sie sofort. Mein Nachbar hat sich eingeschlossen und isst Kaviar.» 1983: «Kommen Sie sofort. Mein Nachbar hat sich eingeschlossen und isst Wurst.» 1990: «Kommen Sie sofort. Mein Nachbar hat sich eingeschlossen und isst etwas.»

Gegen «überflüssige» Einschränkungen der Information wendet sich Jerzy Wlodowski in der polnischen Zeitung «Przeglad tygodniowy» (5. 2. 1984): «Schranken sind nur dort zweckmässig, wo die Information gesellschaftliche Interessen gefährdet.»

Frei übersetzt: Wer die gesellschaftliche Interessensgefährdung diagnostizieren darf (und das ist die Kompetenz der Parteileitung), der darf auch die Errichtung von Informationsschranken befehlen. Was übrigens auch dem Autor peinlich bewusst ist, wenn er kurz darnach darlegt, es sei dabei von grosser Wichtigkeit, die Zusammenhänge zwischen den tatsächlichen Interessen der Gesellschaft und den politischen sowie rechtlichen Normen (offensichtlich nicht identisch) zu präzisieren.

★

Sage mir, was am meisten gestohlen wird, und ich sage dir, woran es am meisten fehlt. In diesem Sinne ist eine Meldung über Diebesbräuche in der Warschauer Tageszeitung «Express Wieczorny» (3. 4. 1984) direkt eine Anzeige über Mangelwaren. In den Postwagen von Danzig nach Warschau und Krakau sind regelmässig Pakete aus dem Ausland ausgenommen worden. Das Interesse der Diebe konzentrierte sich auf Kaffee, Schokolade, Pfeffer, Süssigkeiten «und weitere wertvolle Lebensmittel sowie auf Kleidungsstücke». Das Diebesgut ist auf den freien Märkten verkauft worden. Von der laufenden Strafuntersuchung werden 30 Personen erfasst, insbesondere Postangestellte. ■

Mosambik

Welches ist die sauberste Stadt der Welt? Maputo! Dort gibt es nichts mehr wegzuerwerfen.

DDR

Eine Kandidatin bewirbt sich um den Titel einer staatlich geprüften Toilettenfrau und muss vor der Kommission drei Fragen beantworten. «Was bedeutet an der Toilettentüre der Buchstabe H?» – «Herren.» «Und der Buchstabe D?» – «Damen.» «Und der Buchstabe F?» – «Funktionäre.» Alle Fragen sind richtig beantwortet. Nachher wollen die andern Kandidatinnen von der Frau wissen, über welche Gebiete sie examiniert worden sei. Sie sagt: «Zweimal Branchenkunde und einmal Marxismus-Leninismus.»

★

Auf einer Bahnfahrt durch die DDR bemerkt ein Passagier zu seinem Gegenüber, die Strecke sei ziemlich langweilig. «Ja, schon», pflichtet ihm der andere bei, «wenn Sie wollen, kann ich Ihnen ein paar Witze erzählen.» – «Gut, aber ich mache Sie lieber jetzt schon darauf aufmerksam, dass ich Parteifunktionär bin.» – «Macht nichts, ich kann Ihnen die Witze auch ganz langsam erzählen.» ■